

Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 24. Juni 1885.

Nr. 288.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und proceziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfg.
Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 24. Juni. Der „Bos. Ztg.“ wird aus Kiel geschrieben:

Die Entlassungen von Arbeitern auf der kaiserlichen Werft haben in diesem Jahre einen viel größeren Umfang angenommen, als es sonst in der Frühjahrszeit üblich war. Nicht nur unverheiratete und jüngere Leute hat die Kündigung getroffen, sondern auch ältere, seit Jahren auf der Werft beschäftigte Arbeiter, die zahlreiche Familien zu ernähren haben. Da die Kräfte im Schiffbau noch immer fortbauert, so ist Arbeitslosigkeit gerade in diesem Jahre für die Werftarbeiter nur in vereinzelten Fällen vorhanden, und deshalb ist es im buchstäblichen Sinne wahr, daß zahlreiche Familien brodbelos geworden sind. Ueber die Ursache der zahlreichen Entlassungen zu erfahren die verschiedensten Gerüchte. Es heißt, daß die Zahl der auf der Werft beschäftigten Arbeiter auf den etatsmäßigen Satz von 1600 herabgesetzt werden solle, um mit den für Arbeitslöhne zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen. Die etatsmäßigen Mittel zur baulichen Instandhaltung der Schiffe und zur Unterhaltung des Materials, sowie für den Werftverwaltungs-Betrieb sind aber für das laufende Etatsjahr nicht vermindert, sondern um reichlich eine Million Mark erhöht; man dürfe also zu der Annahme berechtigt sein, daß die zur Verfügung stehenden Mittel in diesem Jahre die Beschäftigung einer ebenso großen Zahl von Arbeitern gestatten wie im vorigen Jahre. Wenn daher nicht ganz besondere Gründe für eine außerordentliche Sparsamkeit vorhanden sind, so muß man annehmen, daß auf den kaiserlichen Werften nicht Arbeit genug vorhanden ist, um sämtliche älteren Arbeiter zu beschäftigen. Es ist ohne Zweifel im Sommer weniger zu thun als im Winter, wo alle Kräfte zur Vorbereitung der Indienststellungen in Anspruch genommen sind. Hier kommt noch der Umstand hinzu, daß bei der Kieler Werft kein einziger Neubau auf dem Stapel liegt. Diese Schiffenbauten bilden die natürlichen Arbeits-Reservoir auf den Werften. Man läßt sie ruhen, wenn dringendere Arbeiten für Reparaturen und Ausrüstungen vorhanden sind, man nimmt sie in Angriff, wenn diese Arbeiten beendet sind. Da dieses Arbeits-Reservoir fehlt, ist es klar, daß die Werftverwaltung nicht im Stande ist, ihr gesamtes Arbeits-Personal zu beschäftigen. Vom Standpunkte der sogenannten „Manchester-Politik“ sind die Kündigungen vielleicht nicht anzugreifen, aber Freihändler oder Schutzzöller werden in dem Gedanken einig sein, daß es außerordentlich wünschenswert wäre, wenn sie auf das allernothwendigste Maß beschränkt würden. Es wäre vielleicht auch zu erwägen, ob das Reich in solchen Fällen, wo es zu Maßnahmen, die für die Betroffenen hart sind, geneigt ist, nicht gewisse Erleichterungen eintreten las-

sen könnte. Es könnte z. B. längere Kündigungsfristen gewähren, es könnte auch Arbeitern, die lange Jahre im Dienste gestanden haben, gewisse Vergünstigungen in Zeiten des Arbeitsmangels zu Theil werden lassen; es könnte schließlich für die Unterhaltung der arbeitslosen Männer und ihrer Familien leichter sorgen als eine kleine, durch öffentliche Lasten halb erdrückte Gemeinde.

Im Hinblick darauf, daß ein Theil der chauvinistischen französischen Blätter dem verstorbenen Prinzen Friedrich Karl allerlei abgeschmackte Ausfälle während des deutsch-französischen Krieges zuschreibt, empfiehlt es sich, den ersten Ausruf nochmals zu veröffentlichen, welchen der Prinz als Befehlshaber der zweiten Armee am 6. August 1870 vor dem Betreten des französischen Bodens von seinem Hauptquartier Somburg aus erließ, und der von einer wirklich menschenfreundlichen Gesinnung völlig gültiges Zeugnis ablegt. Dieser Ausruf lautet:

„Soldaten der zweiten Armee! Ihr tretet den französischen Boden. Der Kaiser Napoleon hat ohne allen Grund an Deutschland den Krieg erklärt; er und seine Armee sind unsere Feinde. Das französische Volk ist nicht befragt worden, ob es mit seinen deutschen Nachbarn einen blutigen Krieg führen wolle, ein Grund zur Feindschaft ist nicht vorhanden. Seid dessen eingedenk den friedlichen Bewohnern Frankreichs gegenüber, zeigt ihnen, daß in unserm Jahrhundert zwei Kulturvölker, selbst im Kriege mit einander, die Gebote der Menschlichkeit nicht vergessen. Denkt stets daran, wie eure Eltern in der Heimath es empfinden würden, wenn ein Feind, was Gott verhüte, unsere Provinzen überschwemmte. Zeigt den Franzosen, daß das deutsche Volk nicht nur groß und tapfer, sondern auch gestittet und edelmüthig dem Feinde gegenüber ist.“

Die geographisch-statistische Abtheilung des Großen Generalstabes gab seit 1869 unter dem Titel „Registerrand“ ein umfangreiches Werk heraus, welches bezweckt, eine Uebersicht über alle neu erschienenen Karten, Bücher und Aufsätze auf dem Gebiete der Geographie, Kartographie und Statistik Europas und seiner Kolonien zu geben. Es wurden in diesem nach geographischem Prinzip geordneten Werke nicht nur die Titel und Inhaltsverzeichnisse der Novitäten aufgeführt, vielmehr auch in allen wichtigeren Fällen Auszüge und Besprechungen mannigfacher Art beigelegt. So kam es, daß die Registerrand für den Geographen, wie für den Statistiker zur laufenden Orientierung und als Nachschlagebuch außerordentlich werthvoll war. Leider aber ist sie in weiteren Kreisen wenig bekannt geworden und hat bei weitem nicht die Anerkennung gefunden, die ihr gebührt. Wie wir hören, hat daher der Generalstab beschlossen, die Registerrand in Zukunft nicht weiter erscheinen zu lassen. Die Lücken, die dadurch in der wissenschaftlichen Bibliographie der genannten Disciplinen entsteht, ist für's Erste unerfüllt und wird je länger je mehr empfunden werden. Daß Mangel an Interesse und Theilnahme die Einstellung des Unternehmens verschuldet hat, ist dabei am meisten zu bedauern.

In der gestrigen Sitzung des Bundesraths, welche sich, wie schon gemeldet, hauptsächlich mit Verwaltungssachen beschäftigte, wurde zunächst Mittheilung gemacht, daß der Obersteuerrath Fischer zum stellvertretenden Bevollmächtigten im Bundesrathe ernannt worden ist. Graf Hohenhausen (Sachsen) wurde zum Mitglied der Reichskommission, welche die Beschwerden wegen Maßnahmen auf Grund des Sozialsteuergesetzes zu entscheiden hat, erwählt. Die Frage, ob in Ausführung des Gesetzes über die Erhebung der Reichskampfabgaben Stempelmarken oder gestempelte Schlüsselscheine zur Anwendung kommen sollen, wurde dahin entschieden, daß Stempelmarken zum Gebrauch gelangen sollen; die Herstellung der neuen Stempelmarken erfolgt in der Reichsdruckerei; ferner wurden einige Ausführungsbestimmungen in Bezug auf die Abänderungen des Handels- und Schiffsfahrungsvertrages mit Spanien vom 12. Juli 1883 beschlossen. Bekanntlich mußten bisher auf Grund der Roggenkaufes des deutsch-spanischen Handelsvertrages bei Einfuhr von Roggen nach Deutschland aus Ländern, welche mit Deutschland den Meistbegünstigungsvertrag haben, Ursprungsatteste beigebracht werden. Mit dem Inkrafttre-

ten der Abänderungen des deutsch-spanischen Handelsvertrages beträgt der Roggenzoll allgemein 3 Mark, und es entfällt somit die Nothwendigkeit der Beibringung von Ursprungsattesten. Die weiteren Gegenstände der Tagesordnung des Bundesraths betrafen Eingaben und sonstige Gegenstände von minder wichtiger Bedeutung.

Die Aussichten für eine deutsch-nationale Ausstellung in Berlin sind im Wachsen. Die Zahl der Zustimmenden übertrifft die der Ablehnenden schon jetzt; wird die Agitation fortgesetzt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Schwankenden zurückgezogen werden. An sich mag es ja berechtigt sein, von einer gewissen „Ausstellungsmüdigkeit“ zu reden. Daß in diesem Punkte des Guten zu viel geschieht, ist zweifellos. Wir finden es deshalb auch ganz in der Ordnung, daß die Reichsregierung es ablehnt, sich an den Ausstellungen anderer Länder offiziell zu betheiligen. Etwas anderes aber ist es doch wohl um eine deutsch-nationale Ausstellung, um die erste umfassende Kraftprobe unseres heimischen Gewerbestandes. Wir dürfen in diesem Punkte nicht länger zurückstehen, wenn die Achtung des Auslandes vor unserem gewerblichen Können nicht erheblich sinken soll, was sich auf dem Weltmarkt sehr bald praktisch fühlbar machen würde. Wenn das kleine Belgien den Muth hat, eine internationale Weltausstellung nach Antwerpen zu berufen, so wird das große Deutschland doch nicht davor zurückschrecken, seine eigenen Erzeugnisse in Berlin auszustellen!

Es wird verbreitet, daß die Aufforderung an Unteroffiziere der deutschen Armee zur freiwilligen Dienstleistung in Kamerun bei einem Gehalt von 3000 Mk. für das Jahr schließlich doch von gutem Erfolg begleitet gewesen sei; dies trifft indes durchaus nicht zu, im Gegentheil beschränken sich die Meldungen bis jetzt nur auf sehr vereinzelte Fälle. Es soll übrigens zunächst dort nur ein Korps von Polizeimannschaften aus Eingeborenen gebildet werden, welche die Unteroffiziere aus der deutschen Armee anzulernen haben würden. Die in dieser Hinsicht schwebenden Pläne werden übrigens bald greifbare Gestalt gewinnen und dem Reichstage zur Kenntnissnahme oder Zustimmung unterbreitet werden, je nachdem finanzielle Bewilligungen in Frage kommen.

Der englische Kabinettswechsel ist eine vollzogene Thatsache. Wir erhalten mit Bezug hierauf folgendes Telegramm:

London, 23. Juni. Granville kündigte im Oberhause, Gladstone im Unterhause an, daß Lord Salisbury die Regierung übernehme. Das Oberhaus vertrat sich bis Donnerstag, das Unterhaus bis Mittwoch. — Die Auslassungen der heute Abend hier eingetroffenen englischen Zeitungen über die Ministerkrise sind durch die telegraphischen Meldungen aus London weit überholt und decken sich nicht mehr mit der gegenwärtigen Sachlage. Im Uebrigen bringen diese Blätter heute verschiedene Nachrichten aus Indien. Der „Times“ zufolge wird die Thatsache, daß das englische Parlament Jahre hindurch ruhig zugehört, als die auswärtige Politik des Kabinetts Gladstone den britischen Namen erniedrigte und das Reich in Gefahr brachte, und daß das Unterhaus offenbar die Bier- und Schnapssteuer für wichtiger angesehen, als die ganze übrige Politik, von den Anglo-Indiern und von den Eingeborenen gleichermassen mit grimmigem Hohn und bitterem Spott überschüttet. Der russische Telegraph soll einer Korrespondenz derselben Zeitung zufolge bis Saraks gelegt sein. Der Emir von Afghanistan befindet sich wohl, er weilt in Kabul, und dorthin ist der neue britische Agent, Oberst Maullab Khan, unterwegs. Von Kandahar aus hat der Emir angeblich 2000 weitere Soldaten nach Herat beordert, ebendorthin sollen 10,000 Martini-Gewehre unterwegs sein. Von der englischen Grenzkommission wollen die Afghanen aber Nichts wissen, und diese wird, laut Mittheilung an die „Times“ aus Kallutta, sogar wahrscheinlich zurückberufen werden und durch Persien abgehen, mit dem Vorbehalt, daß England den Afghanen beibringen werde, sobald sich dies als nothwendig erweise. Die englische Bahn von Indien nach Afghanistan spaltet sich, vorläufig allerdings nur im Projekte, von dem jetzigen Endpunkte, Bibi in südlichen Zipfel Afghanistan, an in zwei

Arme. Der eine, nördliche, wird über Hari, Cornai, Dirgai, der zweite, südliche, über den Dolan-Pash und Quaka nach Pishin geben. Die Arbeiten an beiden Linien waren angeblich wegen Ueberschwemmungen und Cholera-Epidemie eingestellt, und die an der nördlichen Linie sind es noch, die an der südlichen konnten, nachdem die Cholera in jenen Gegenden e.loschen, wieder aufgenommen werden, und man hofft bis Herbst den Bahnbau bis Quaka treiben zu können.

(Nat.-Ztg.)

Nach § 4 des Gesetzes vom 22. Mai d. J., betreffend die Abänderung des Zolltarifs-Gesetzes vom 15. Juli 1879, bleibt in Betreff derjenigen Positionen des Zolltarifs, welche auf Grund des § 1 des Gesetzes, betreffend die vorläufige Einführung von Aenderungen des Zolltarifs, vom 20. Februar d. J., durch Anordnung des Reichskanzlers bereits in vorläufige Hebung gesetzt sind, diese Anordnung bis zum 1. Juli d. J. in Kraft. Es tritt daher mit diesem Zeitpunkte die nur auf solche vorläufige Anordnungen bezügliche Bestimmung im § 1 Absatz 2 des vorstehend gedachten Gesetzes vom 20. Februar d. J. außer Kraft, und kommen ausschließlich die in dem Gesetz vom 22. Mai d. J. festgesetzten Zollsätze für die im § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 20. Februar d. J. genannten Gegenstände in Geltung, ohne Rücksicht darauf, ob diese Gegenstände in Folge von Verträgen eingeführt werden, welche nachweislich vor dem 15. Januar d. J. abgeschlossen worden sind, oder nicht. Die Vorschriften des § 4 des Gesetzes vom 22. Mai d. J. bezüglich des eingehenden, in Spanien oder einem der vertragmäßig meistbegünstigten Staaten nachweislich produzierten Roggens wird hierdurch nicht berührt. Der Finanzminister hat die Provinzial-Steuerdirektoren unter dem 19. d. M. veranlaßt, die Amtsstellen hiernach sogleich mit Anweisung zu versehen und dieselben auf die Bestimmung im § 3 letzter Absatz des Gesetzes vom 22. Mai d. J. besonders aufmerksam zu machen, wonach Ansprüche auf Rückvergütung der in Folge des Gesetzes vom 20. Februar d. J. erhobenen Mehrbeträge innerhalb vier Wochen nach dem 1. Juli d. J., als dem Zeitpunkte des Inkrafttretens der betreffenden Bestimmungen des Gesetzes vom 22. Mai d. J. bei der Amtsstelle, an welcher die Waare zur Eingangsabfertigung angemeldet wird, geltend zu machen sind.

Em, 22. Juni. Nun ist die große Frage, deren Lösung die Gemüther der hiesigen Kurzesellschaft ebenso wie der hiesigen Bürgerschaft während der letzten Wochen sehr lebhaft beschäftigt hat, endgültig entschieden: Der Kaiser ist soeben hier um 10¹/₂ Uhr eingetroffen. Zwar ein richtiges Kaiserweiser war es nicht; der Himmel hing in schweren bleigrauen Wolken hernieder und wiederholte Sturzregen ergossen sich auf die Köpfe der vielen Harrenden. Allein zuletzt wendete sich's zu einem glimpflichen Ende, so daß der greise hohe Herr wenigstens nicht von dem Regenschauer zu leiden hatte und seine offene Kalesche benutzen konnte. Um den Kaiser, der sehr angegriffen aussah und den Kopf tief nach vorn und brustwärts geneigt, langsamen Schrittes dem Salonwagen entsiegen war, nicht noch mehr zu ermüden, war die Zahl der zum Empfang anwesenden Personen auf das Allergeringste beschränkt. Nicht einmal die Generalität der Rheinprovinz war herbeigeholt. Auch von einer Aufstellung der Kriegervereine mußte Abstand genommen werden. In auffallend langsamem Schritt fuhr der von zwei schwarzen Traleknerhengstien gezogene offene Wagen die festlich geschmückte Bahnhofstraße und Brücke entlang hinüber zum oberen Bahnbau, also der Kaiser wie bisher seine Wohnung genommen. Hunderte von Schulkindern hatten sich zu beiden Seiten der Straßen aufgestellt und empfingen den Kaiser mit hellem Hurras. Der Kaiser dankte freundlich; allein das altbekannte herzliche Lächeln, die freudestrahlenden Blicke waren mütter geworden. Die Spuren des schweren Unwohlseins und die schweren Verluste, welche die letzten Tage dem Kaiser gebracht, sind eben noch lange nicht weggespült. Hoffentlich wird der Emser Kessel auch in diesem Sommer seine Wirkung thun und den greisen Herrscher wieder erquiden und ihn mit frischen Kräften wieder ausstatten. Wie wir soeben von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll der

